

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung**

Abgeordnete Petra Emmerich-Kopatsch (SPD)

**Hat das Land die Schlüsselzuweisungen für Clausthal-Zellerfeld gesenkt?**

Anfrage der Abgeordneten Petra Emmerich-Kopatsch (SPD) an die Landesregierung, eingegangen am 04.12.2017

In einem Bericht über die jüngste Ratssitzung in Clausthal-Zellerfeld titelt die *Goslarsche Zeitung* vom 28.10.2017 „Land senkt Schlüsselzuweisung - Stadt fehlen damit mehr als 500 000 Euro“. Der Kämmerer habe berichtet, „das Land habe die Kürzung rückwirkend zum 01.01.2017 in Kraft gesetzt, sodass eine Mindereinnahme von 264 000 Euro im Jahr 2017 letztlich den Haushalt 2018 doppelt belasten würde“. Er nannte „die neue Situation dramatisch“, obwohl er bis vor Kurzem der Ansicht war, man befinde sich auf einem guten Weg.

Solche Aussagen können den Eindruck erwecken, das Land senke so kurz nach der Landtagswahl nachträglich die Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich und überrasche damit die Stadt Clausthal-Zellerfeld.

1. Hat das Land die Schlüsselzuweisungen für das Jahr 2017 tatsächlich und nachträglich gekürzt und damit die Stadt Clausthal-Zellerfeld überrascht?
2. Worauf ist es zurückzuführen, dass die Stadt Clausthal-Zellerfeld im Jahr 2017 einen gegenüber dem Jahr 2016 geringeren Anteil an den Schlüsselzuweisungen erhalten hat? War diese Entwicklung für die Stadt Clausthal-Zellerfeld „überraschend“, oder hätte diese Entwicklung vorhergesehen werden können?
3. In welcher Höhe hat die Stadt Clausthal-Zellerfeld in den Jahren 2013 bis 2017 Bedarfszuweisungen vom Land erhalten?
4. Das Land stellt für Zukunftsprojekte eine Förderung aus EU- und Landesmitteln in Höhe von bis zu 95 % in Aussicht. Bei welchen Projekten hat die Berg- und Universitätsstadt Clausthal-Zellerfeld die Kofinanzierung des Landes beantragt, um die Stadt und die Entwicklung der Stadt voranzubringen?
5. Wie beurteilt das Land Niedersachsen die finanzielle Situation der Stadt Clausthal-Zellerfeld?
6. Waren die Konsolidierungsbemühungen der letzten Jahre ausreichend, um die finanzielle Lage der Stadt zu stabilisieren, oder sind weitere erhöhte Anstrengungen erforderlich?

(Verteilt am 06.12.2017)